



Klima-Volksbegehren
krachend gescheitert!

NEUER ZEITGEIST

TREND



**Schlangenbader
Tunnel enteignet**

Lieber Leser,

was haben Sanna Marin, Annalena Baerbock und Jacinda Ardern gemeinsam? Sie sind jung, politisch links unterwegs, kokettieren mit dem Feminismus, sind politisch gescheitert (bei Baerbock warten wir noch auf ihren Rücktritt) und Zöglinge des sogenannten „Young Global Leaders“- Programm aus den USA. Damit drängt sich die Frage auf, wessen Interessen die drei Damen dienen oder dienten. Die zweite Frage, die gestellt werden muß, ist, ob und ggfs. welche Leistungen sie in ihre Ämter gebracht haben. Feminismus und wie auch immer geartete Quoten sind nach meiner Überzeugung leistungsfeindlich. Frauen, die dem folgen, tun sich schließlich keinen Gefallen. Dabei gibt es leuchtende Beispiele von Frauen, die für ihre Länder in kritischen Situationen schwierige Entscheidungen treffen mußten: Indira Gandhi in Indien, Margaret Thatcher in Großbritannien und Golda Meir in Israel waren einfach zur richtigen Zeit am richtigen Ort und hatten Erfolg. Jede Frau, die sich berufen fühlt, sich ins Getümmel der Politik zu stürzen, ist gut beraten sich Gandhi, Thatcher und Meir statt Marin, Baerbock oder Ardern zum Vorbild zu wählen, denn Leistung zählt, Quote hingegen nicht. Die Lage in Deutschland ist so ernst, daß wir es uns nicht mehr leisten können, auf fähige Fachleute zu verzichten,



um Quoten für „Hinz und Kunz“ zu befriedigen. Leider ist es nicht erforderlich berufliche und fachliche Erfahrung vorzuweisen, wenn politische Ämter angestrebt werden. Wie kann es sein, daß es möglich ist, in „Amt und Würden“ zu kommen ohne eine berufliche Qualifikation vorzuweisen.

Beate Prömm



Von oben nach unten:
Golda Meir,
Indira Ghandi,
Margret Thatcher.



Inhalt

Seite 2 Editorial/Impressum

Beate Prömm

Seite 3 Titel

Volkentscheid

Seite 4

Bluttransfusion für SPD

Seite 4-5 Titel

Schlangenhader Tunnel

Seite 6 Internationales

Young Global Leaders

Seite 7 Filmempfehlung

Bismarck

Seite 8 Partei

Namensänderung AfD

Seite 9 Verkehr

800 m U-Bahn

Seite 10 Leseempfehlung/Verkehr

Zwischen Welten/Terror gegen Autos

Seite 12 Glosse

Spenden für unsere Arbeit ...

Empfänger: Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
IBAN: DE44 1005 0000 0190 8684 90
BIC: BELADEVXXX Bank: Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: Spende AfD Berlin,
Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort

Impressum
Adresse: AfD Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf
Postfach 450109
12171 Berlin
Email: vorstand@afd-sz.de



Klima-Volksentscheid: krachend gescheitert



Das Ermächtigungsgesetz für eine Ökodiktatur im Land Berlin ist vorerst krachend gescheitert! Den Endzeitpropheten eines bevorstehenden klimabedingten Weltunterganges ist es am 26. März nicht gelungen, ihren freiheitsfeindlichen Entwurf

Amerikanische Investoren sorgen sich ums Klima?

eines neuen Berliner Klimaschutzgesetzes den Berlinern überzustülpen. Dabei hatte am Anfang alles so gut ausgesehen. Die Initiatoren des Volksentscheides „Klimaneutral 2030“ hatten, von der AfD einmal abgesehen, praktisch keinen offenen Gegner in der Stadt, aber die Grünen und amerikanische Großinvestoren als Unterstützer hinter sich. Diese hatten den Initiatoren 1,2 Millionen Euro gestiftet, mit deren Hilfe die Stadt mit rot-grünen Plakaten zur Unterstützung des Volksentscheides eingefärbt wurde. Es gab praktisch keine erkennbare Gegenkampagne. Angesichts des Mobilisierungspotentials des für Weltuntergangspro-

gnosen empfänglichen Teils der Berliner Bevölkerung war durchaus eine große Mehrheit für den Volksentscheid zu erwarten, da wohl nur die Befürworter des Volksentscheides zur Abstimmung gehen würden, und der Rest der Bevölkerung überwiegend zu Hause bleiben würde. Die Frage war nur, ob der Volksentscheid das erforderliche Zustimmungsquorum von 25 Prozent der

Abstimmungsberechtigten erreichen würde.

Ein erstes Zeichen dafür, daß es anders kommen könnte, war der mäßige Besuch der Abschlußkundgebung der Befürworter des Volksentscheides am 25. März vor dem Brandenburger Tor. Statt der von den Veranstaltern erwarteten 35.000 Teilnehmer kamen nur magere 1.200. Außerdem gab es wohl eine für nahezu alle Beobachter nicht erkennbare Grundstimmung innerhalb der nicht zeitgeistgeprägten „schweigenden Mehrheit“ zum Widerstand. Denn völlig unerwartet nahmen am Abstimmungstag auch viele Gegner des Volksentscheids an der Abstimmung teil. So sprach sich schließlich in sechs Berliner Bezirken am westlichen und östlichen Stadtrand sogar die Mehrheit der Abstimmenden gegen den Volksentscheid aus. Hier hatte die Vernunft derjenigen gesiegt, die sich weder das Autofahren verbieten lassen, noch unkalkulierbare Kosten für zwangsweise durchsetzbare Klimaschutzmaßnahmen

schultern wollten. Vielen war wohl auch bewußt, daß sich eine derart radikale Klimapolitik nur mit ebenso radikalen Mitteln staatlichen Zwanges verwirklichen lassen würde. Das wäre aber das völlige Ende der persönlichen Freiheit, wozu nach den traumatischen Erfahrungen der Corona-Zeit wohl nur noch eine ideologisierte Minderheit bereit ist. Der Klimaentscheid erreichte so auch nur in Friedrichshain-Kreuzberg das erforderliche Quorum und war damit stadtweit gescheitert.

In keinem Berliner Bezirk polarisierte der Volksentscheid so stark wie in Steglitz-Zehlendorf, wo 40,7 Prozent der Stimmberechtigten zur Abstimmung gingen. Das waren sogar noch etwas mehr als in Friedrichshain-Kreuzberg, wo der Volksentscheid ja das Quorum erreichte. Aber der Steglitz-Zehlendorfer Neinstimmenanteil war mit 21,9 Prozent der höchste aller Berliner Bezirke und toppte hier auch die 18,8 Prozent Ja-Stimmen. Wenn man so will, haben sich damit die Bürger von Steglitz-Zehlendorf als besonders vernünftig erwiesen, denn die Zustimmungquote lag hier nur knapp über dem Landesdurchschnitt, während die Ablehnungsquote den Berliner Spitzenwert markierte. Glückwunsch hierzu, Steglitz-Zehlendorf!

Matthias Bath

Wer in Berlin gemeint hatte, durch die Wahl der CDU am 12. Februar eine Veränderung bewirken zu können, mag sich jetzt nach Vorliegen des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD verwundert die Augen reiben. Nun ist ja nicht erst seit gestern bekannt, daß die Union aufgrund eigener strategischer Unzulänglichkeit ohne bürgerliche Machtoption und ohne mögliche Koalitionspartner dasteht. So mußte sie auch als stärkste Kraft in Berlin bei Grünen und SPD um ein Bündnis betteln. Zum Glück für die CDU sind SPD und Grüne in Berlin aber derart zerstritten, daß sich die von grüner Verkehrspolitik genervte SPD-Führung schließlich doch zu Koalitionsverhandlungen mit der CDU herabließ. Der im Ergebnis dieser Verhandlungen herausgekommene Koalitionsvertrag trägt eindeutig die Handschrift der SPD, was CDU-Spitzenmann Wegner auch gar nicht bestreitet, aber zum Wohle Berlins

SPD-Rettung durch Muslime?

für hinnehmbar erklärt. Er bekommt dafür halt den Dienstwagen des „Regierenden“.

Die Berliner Bürger dürfen sich u. a. über Bildungsberatung für geflüchtete Frauen, ein „Hilfesystem für geflüchtete Frauen mit Behinderung“ und einen „Bericht zur Lebens- und Gesundheitssituation von Frauen mit Behinderung, um Bedarfe, Belastungen oder Diskriminierungen zu erfassen“ freuen. Auch sollen „niedrigschwellige Ausstiegsprojekte“ für Prostituierte gefördert und „Antifeminismus“ (?) bekämpft werden. Es sollen Friedhöfe „für Muslime geschaffen“ werden, „um Bestattungen

nach islamischen Ritus zu ermöglichen“. Schließlich soll ein „Migrationsmuseum“ entstehen, das „sich mit der jüngeren Einwanderungsgeschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter befasst“.

Berlin soll „Regenbogenhauptstadt“ werden. Hierzu soll ein Landesqueerbeauftragter „für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ geschaffen werden. „Für queere Personen mit Migrationsgeschichte, mit oder ohne Fluchterfahrung“ sollen „niedrigschwellige und bezirksübergreifende Angebote der gesellschaftlichen Teilhabe“ gefördert werden. „Hasskriminalität“ soll stärker bekämpft, und eine „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ entwickelt werden.

Das sind natürlich alles wichtige Themen, auf die die Berliner schon sehnlich gewartet haben, die sie aber auch problemlos mit rot-rot-grün hätten bekommen können. Die CDU, der Prinzipien ja ohnehin wesensfremd sind, hat sich hier aus reiner Machtgier an die abgewirtschaftete SPD verkauft. Die SPD wird so die kommenden Jahre als willkommenen Bluttransfusion nutzen und ihre Agenda reibungslos fortsetzen können. Zum Dank dafür wird sie ihren Koalitionspartner sicher häufiger am Nasenring durch die Manege führen, bis 2026 die enttäuschten CDU-Wähler massenweise ihr Kreuz wieder bei der AfD machen.

Letztere hat dann aber auch wieder ein Problem: Nicht nur, daß niemand mit ihr koalieren will; bei dem derzeitigen Angebot an anderen Parteien bietet sich auch niemand an, mit dem die AfD überhaupt würde koalieren wollen.

Klaus Gröbig

Die ehemalige Autobahn A104, die das Hochhaus Schlangenbader Straße unterfährt, dabei die Wiesbader Straße überbrückt und den Breitenbachplatz auf einer langgezogenen vierspurigen Brücke überquert, scheint parteiübergreifend opferungsfähig zu sein.

Dabei ist die Geschichte des schlechenden Rückbaus schon recht alt.

Ursprünglich war geplant, in der Schildhornstraße ein vergleichbares Haus wie die „Schlange“ über der im sechs Meter über dem Erdboden aufgeständerten Straße zu errichten. Die nördliche Seite der Schildhornstraße war für den Abriß vorgesehen. Ich bezog 1985 eine Wohnung in der Schildhornstraße 10a, die zum Abriß vorgesehen war. Entsprechend sah das Haus aus.

Im Laufe der Jahre ging man von den mutigen Bebauungsplänen der 60er-Jahre ab.

Den von der A104 kommenden Verkehr drosselte man mit einer 30er-Strecke durch die Schildhornstraße, wo ein schneller Ab- und Zufuß zur Autobahn geboten gewesen wäre. Der selbst verursachte jahrelange Dauerstau dient nun als Argument für das





Jaraschs Vermächtnis: Schlangenbader Tunnel gesperrt

völlige Abschneiden des Verkehrsstrom von der nach Süden führenden Stadtautobahn A100 Richtung dem Süden Berlins.

Dazu wollte man zunächst die geständerte Brücke abreißen, dann war die Schließung des Schlangenbader Tunnels im Gespräch.

Findige Linke hatten die Hohheit über die ehemalige Autobahn 104 dem Bund abgeluchst und die Bundesauto-

bahn zur Stadtstraße heruntergestuft. Dabei ging die Hoheit über Sein oder Nichtsein der Autobahn vom Bund auf das Land Berlin über. Nur deshalb ist es für die Berliner Verkehrsverwaltung möglich, solche Experimente durchzuführen. Berlin hat unter den unbedachten Aktivitäten gegen die Autofahrer zu leiden.

In der Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung waren sich alle Fraktionen darüber einig, daß die Brücke über den Breitenbachplatz (Bild oben) abgerissen werden sollte. Angeblich ist sie nicht sanierungsfähig. Dem Augenschein nach ist sie allerdings noch nicht einmal sanierungsbedürftig!

Zurück zur BVV: Aus nicht nachvollziehbaren Gründen stimmte auch die AfD-Fraktion in der Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung für einen Abriß der Brücke.

Die aus dem Amt scheidende Bettina Jarasch scheint dem neuen Senat mit der Schließung des Schlangenbader Tunnels ein Danaergeschenk mit auf den Weg geben zu wollen.

alition mit ihrem genuin grünen Koalitionsvertrag sich geneigt sehen, die geschaffenen Tatsachen stillschweigend zu akzeptieren. Ohne den Schlangenbader Tunnel macht die Breitenbachplatzbrücke keinen Sinn mehr.

Wie so oft bleiben innovative Ideen in der Schublade. Neben dem Abriß der nördlichen Schildhornstraße ist auch eine Tunnellösung unter der Schildhornstraße ausführbar.

Die Brücke über den Breitenbachplatz ließe sich überbauen, zum Beispiel im Stil des südlichen Breitenbachplatzes. So könnte das Ensemble sinnvoll ergänzt und die zugegebenermaßen in erste Linie funktionale Brücke architektonisch verpackt werden.

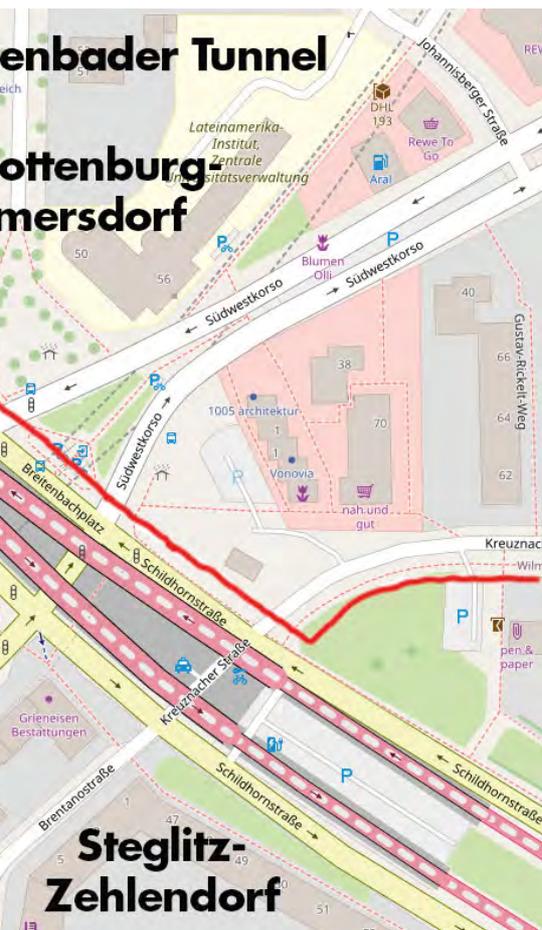
Bei allen Planungen sollte klar sein: Berlin kann nicht ohne individuellen Autoverkehr leben.

Willkürliche Sperrungen führen zu mehr Verkehr durch Umwege.

Ob konventionell oder batteriegepeist. Die Berliner Autos brauchen auch künftig Straßen und Parkplätze.

Andreas Wild

Nun könnten die schwarz-rote Ko-



Sanna Marin aus Finnland war die vierte „Neuerin“, welche das internationale Establishment dem zunehmend mißvergnügten Wahlvolk als „Hoffnungsträger“ vorgesetzte, um den Machterhalt der Mainstream-Nomenklatura zu sichern. Die finnische Ministerpräsidentin wurde bei den Parlamentswahlen mit ihrer sozialdemokratischen Partei nur noch drittstärkste Kraft hinter der konservativen Sammlung und der Rechtspartei „die Finnen“. Inhaltliche Positionen waren wohl eher nicht ihr Merkmal. Dafür tauchen Filmaufnahmen von wildem Partys auf, bei denen es möglicherweise auch zum Drogenkonsum kam. Der Mainstream feierte Marin – vielleicht gerade deswegen? Man könnte meinen, dass hier Massenbegeisterung ohne jegliche politische Substanz erzeugt wird, eine Art „Everybody`s Darling“-Masche also.

Marins Karriere begann mit dem sogenannten „Young Global Leaders“-Programm einer offenbar regierungsnahen NGO aus den USA. Das ist ein weltweites Programm, um offenbar US-freundliches Führungspersonal an die Schaltstellen der Macht zu bringen. Diese Vorgehensweise entlarvte der polnisch-jüdische Star-Regisseur Roman Polanski mit seinem Film „Der Ghostwriter“, der den damaligen britischen Premierminister Tony Blair und den Irak-Krieg etwas entfremdet beschreibt. Die US-Justiz versuchte anschließend, Polanski wegen angeblicher längst verjährter sexueller Verfehlungen zu verfolgen.

Dabei ist Marin keineswegs ein Einzelfall. Auch die gewesene neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern war ein Zögling des „Young Leaders Programms“. Nachdem sie sich mit extremistischen Anti-Corona Maßnahmen unbeliebt gemacht hatte, nahm sie ihren Hut. Ardern protzte zu Beginn ihrer Amtszeit damit, dass sie ein diverses Kabinett formiert habe, was von der Meinungsindu-

Leaders“-Programm bekannt, aber sie ließ sich auf der Harvard University in den USA gewissermaßen die Welt erklären. Die Schwedin Andersson ging zeitweise mit der Begrifflichkeit der feministischen Politik hausieren. Das war keine Neuschöpfung der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock.

Marin, Ardern, Andersson und Baerbock sind relativ jung, gut aussehend und eloquent. Bei Bedarf können sie geltend machen, als Frau in der Politik benachteiligt zu werden, dabei ist es gerade ihr Erscheinungsbild, das offenbar darauf abzielt die Stimmen „alter weißer Männer“ einzusammeln.

Auffällig ist das Engagement des „Young Global Leaders“-Programms in Deutschland. Annalena Baerbock (Grüne), Hubertus Heil (SPD), Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Thomas de Maizière und Jens Spahn von der CDU gehörten dazu.

Das Prinzip wird deutlich: Egal welche Partei regiert, es ist immer eine Politik, die den USA nützlich ist. Im Weißen Haus mag man sich gesagt haben: Warum frem-

de Staaten militärisch erobern, wenn einige Finanzstipendien für angehende Politiker doch das gleiche Ziel erreichen und „sanft“ und friedlich daher-kommen. Genau so deutlich wird aber auch die kurze Nützlichkeitsdauer dieses Konzepts. Das Prinzip der „Förderung“ junger Studenten, um sie zu US-freundlichen Politikern zu transformieren, scheiterte aber überall nach kurzer Zeit, letztlich



Die Finnin Sanna Marin, geb. 1985

strie gleichfalls gut geheißten wurde. Umweltministerin Kiri Allan, Seniorenministerin Ayesha Verrall und Zollministerin Meka Whitiri sind lesbisch, der Finanzminister und Vize-Ministerpräsident Grant Robertson ist schwul.

Die abgewählte schwedische Linkspolitikerin Magdalena Andersson bildet da einen Sonderfall. Bei ihr sind zwar keine Kontakte zur „Atlantik-Brücke“ und dem „Young



wohl auch deswegen, weil die Wahlbevölkerung irgendwann merkt, dass die betreffenden Politiker nicht die Interessen ihres Landes, sondern die der USA vertreten. Marin und Andersson wurden abgewählt. Während in Schweden eine von den Schwedendemokraten tolerierte Minderheitsregierung steht, ist die Regierungsbildung in Finnland noch nicht abgeschlossen. Jacinda Ardern in Neuseeland trat zurück und Baerbocks Zustimmungswerte befinden sich wie die ihrer Partei „Die Grünen“ im Sturzflug nach unten. Für die USA ergibt sich damit ein neues Problem. Die zumeist relativ jungen Politikerinnen müssen nach ihrer Bauchlandung „versorgt“ werden. NATO, Weltbank und andere von „westlichen Werten“ dominierte Institutionen kämen da in Frage.

Für die Interessen der USA haben Marin und Andersson mit ihren Beitrittsbemühungen zur NATO auch genug getan. Andersson und Marin haben beide gemeinsam, daß sie sich im Angesicht ihrer drohenden Abwahl als Bollwerk gegen „rechts“ empfahlen und vor der Wahl ihrer landeseigenen Rechtsparteien warnten. Geholfen hat es jeweils nichts, die finnische und die schwedische Rechtspartei erzielten Zugewinne.

Interessant ist es, die weiteren Karrierewege von Andersson und Marin zu verfolgen. Beiden könnte ein Posten in der Brüsseler Welt der Kommissare offen stehen. Marin könnte, zusätzlich auf die Dankbarkeit der USA hoffend, ein Posten bei der NATO winken.

Im September 1862 wurde Otto von Bismarck (1815-1898) inmitten einer schweren Staats- und Verfassungskrise von König Wilhelm I. (1797-1888) zum preußischen Ministerpräsidenten berufen. Den damaligen Ereignissen widmet sich der 1940 unter der Regie von Wolfgang Liebeneiner entstandene Historienfilm „Bismarck“ mit Paul Hartmann als Bismarck und Friedrich Kayssler als König Wilhelm I. in den Hauptrollen. Dieser Film sollte seinerzeit – im zweiten Jahr des Zweiten Weltkrieges – sicher das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Kampfgeist der deutschen Kinobesucher fördern, geht aber nicht über das normale Patriotische hinaus und hat vor allem keine ausgeprägt nationalsozialistische Tendenz.

Der Film schildert im Wesentlichen die historischen Ereignisse der Jahre 1862-66 und endet im Grunde mit dem Entschluß der siegreichen preußischen Führung im Juli 1866, den geschlagenen Östreichern einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen anzubieten. Mit diesem Entschluß ist im Grunde aber auch schon das Wesentliche für die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung bewirkt worden, wie Bismarck in einem visionären Monolog vor König und Kronprinz darlegt. Die beiden letzten Sequenzen zum Krieg von 1870, bei dem die bayerische und die preußische Kriegsflagge symbolhaft nebeneinander im Winde flattern, und zur Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 belegen dies im Grunde nur noch.

Der Film lehnt sich im Großen und Ganzen an die tatsächliche Entwicklung der damaligen Ereignisse

an und erweckt damit den Eindruck großer Dokumentargenauigkeit. Aber es handelt sich eben nicht um einen Dokumentarfilm, sondern um einen Spielfilm. So werden Ereignisse verfremdet, zeitlich umgestellt oder verdichtet, was natürlich auch der Dramatik des Dargestellten zu Gute kommt. Relativ breiten Raum nehmen neben den Ereignissen des Herbstes 1862 der Deutsch-Dänische Krieg um Schleswig-Holstein von 1864, die Entwicklung der preußisch-österreichischen Beziehungen ab dem Sommer 1865, die letztlich in den Deutschen Krieg von 1866 einmündet und dort die Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866. Danach muß Bismarck die siegestrunkenen Militärs bremsen, um das Erreichte nicht wieder zu verspielen. In letzter Minute gelingt es hier dem Kronprinzen, den König zu überzeugen, Friedensverhandlungen mit dem besiegten Österreich aufzunehmen.

Dem Regisseur Wolfgang Liebeneiner (1905-1987) ist mit „Bismarck“ ein großer Historienfilm gelungen. Doch Vorsicht! Angesichts des unverfälschten Geschichtsbildes ist der Film latent und potentiell jugendgefährdend und hat daher nach Gründung der Bundesrepublik eine Jugendfreigabe erst ab 18 Jahren erhalten. Das vermag aber an der interessanten Geschichtsvermittlung und dem informativen Charakter des Films nichts zu ändern. Nicht zuletzt zeigt der Film auch, daß die vom Geist der Um-erziehung umfangene politische Klasse schon seit Beginn der Bundesrepublik bemüht war, die nachwachsenden Generationen nach Möglichkeit überhaupt nicht mehr wissen zu lassen.

Herbert Hermann



Namensänderung der Partei „Alternative für Deutschland“?

1. Meine persönlichen Erfahrungen

Jahrelang war ich CDU Wähler, wenig politisch engagiert und nie in einer Partei. Dann aber veränderte sich die deutsche Gesellschaft mit der 68er Bewegung und ihrem Gang durch die Institutionen. An der FU Berlin wurden meine Seminare gesprengt, sodaß ich in meiner Fortbildung beeinträchtigt wurde. Als ich fragte, mit welchem Recht das geschähe, sagte man mit einem elitären Sendungsbewusstsein zu mir, ich hätte es mit der Crème der Gesellschaft zu tun, die die Streiks an der Uni durchführten.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die zur Zeit der 68er-Bewegung sich in Gang gesetzt hatten und bis heute noch anhalten, gipfelten bei einem Teil der Menschen in unserer Gesellschaft in der offenen Ablehnung Deutschlands bis hin zur Selbstverleugnung, Selbstverachtung, Selbstzerstörung und Selbstaufgabe.

Herr Habeck z. B. findet heutzutage Deutschland zum Kotzen, mit dem er nichts anfangen kann: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“¹⁾

In Deutschland entwickelte sich teilweise eine extreme Haltung, die sich in den Rufen „Nie wieder Deutschland“, „Scheiß-Deutschland“, „Deutschland verrecke“ zum Ausdruck kam und noch kommt.

Ich wunderte und wundere mich immer noch: Warum können oder wollen viele Deutsche sich nicht (mehr) zu ihrer deutschen Identität bekennen und warum wollen viele regierende deutsche Politiker sich nicht offen und ehrlich für unsere Interessen zum Wohle des deutschen Volkes bekennen und eintreten, wie es mit der Minister-Eidesformel beim Bundestag als

Verpflichtung zum Ausdruck kommt: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Ich fragte mich, ob gegen die selbsterstörerische Entwicklung in Deutschland etwas getan werden könnte. Mit großem Interesse hörte ich damals den Namen „Alternative für Deutschland“. Er sprach mich sofort an und löste in mir ein Gefühl der Erleichterung aus. Ich wollte in die Partei eintreten und wegen meiner persönlich gemachten Erfahrungen politisch aktiv werden.

2. Der Partei-Name „Alternative für Deutschland“ und seine Bedeutung für mich

Der Partei-Name hatte und hat für mich einen Inhalt mit politischer Antriebskraft, weil er aus den folgenden wichtigen drei Begriffen besteht:

2.1. Das Wort „Alternative“

Das Wort „Alternative“ sagt mir, dass es grundsätzlich immer einen Ausweg, eine andere, ja bessere Möglichkeit gibt, für die es sich lohnt, sich einzusetzen. Man muss dies nur erkennen und diese auch wollen. Ich kann mich aktiv einbringen,

- um den damaligen von mir bereits beschriebenen gesellschaftlichen Zustand der Orientierungslosigkeit, der bis heute noch andauert, zu überwinden,

- um die damals entstandene und bis heute anhaltende gesellschaftliche Entwicklung der Selbstauflösung zu

stoppen,

- um die zu beobachtende Vernachlässigung deutscher Interessen zum Wohle und Weiterbestehen unseres Volkes zu beenden, nachdem Frau Merkel ständig meinte, es gäbe keine Alternative zu ihrer Politik.

2.2. Das Wort „für“

Das Wort „für“ hat einen positiven Charakter, denn es deutet darauf hin, für und nicht gegen etwas zu sein. Als auslösendes Moment trug der Name dazu bei, daß ich zum ersten Mal in eine Partei eintrat, um mich für eine Alternative für und nicht gegen Deutschland politisch einzusetzen.

Denn für sein Land einzutreten und nicht gegen seine Interessen zu handeln und zu entscheiden, sollte Maßstab und oberste Entscheidungsgrundlage der Politiker sein, die Deutschland außenpolitisch vertreten und innenpolitisch gestalten wollen.

Es ist unverantwortlich, wenn gegen die Interessen und das allumfassende Wohl der eigenen Bevölkerung gehandelt wird. Nicht Deutschland zuerst, aber auch nicht Deutschland zuletzt, lautet daher meine Forderung, die mit dem Wörtchen „für“ zum Ausdruck kommt.

2.3. Das Wort „Deutschland“

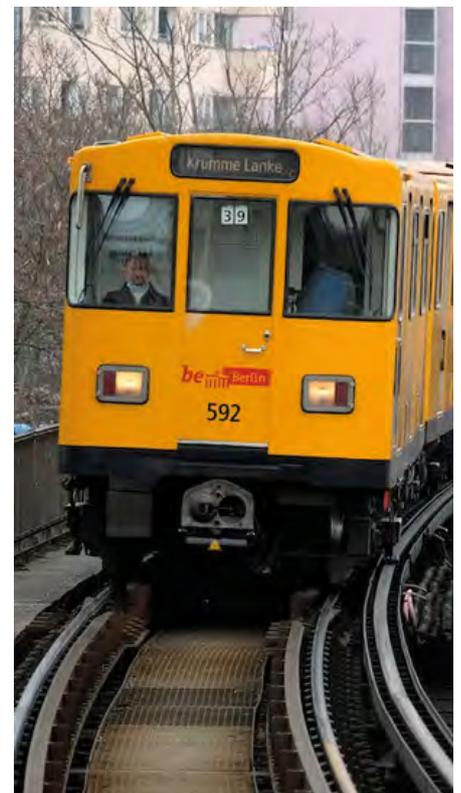
Mit dem Wort „Deutschland“ verbinde ich, z. B. unsere deutsche kulturelle Identität in seiner Vielfalt. Diese zu schützen, zu erhalten und zu fördern, sehe ich als eine sehr wichtige Aufgabe der Politiker an. Hierzu gehören z. B. die Sprache, die Sitten, die Bräuche, die Traditionen, die Lebensart usw. Außerdem verbinde ich mit dem Wort „Deutschland“, dass für eine politisch souveräne, d. h. freie, unabhängige und selbständige Nation Deutschland eingetreten wird, ohne aber die fried-



800 m U-Bahn: Eine Jahrhundert- aufgabe

„Verkehrsverhinderungssenatorin“ Bettina Jarasch von den Grünen wollte 2026 mit den Bauarbeiten zur Verlängerung der U-Bahnlinie 3 von Krumme Lanke zum Mexikoplatz beginnen. Das ist deswegen „praktisch“, weil im Herbst 2026 in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird. Dann wäre es ja möglich, neue „Machbarkeitsstudien“ zu erstellen und den Baubeginn weiter zu verzögern. Anfang der 30er-Jahre, so Jarasch, könnte die Strecke dann in Betrieb gehen. In Rede stehen gerade mal 800 Meter U-Bahn, von denen bereits 200 Meter – also ein Viertel – im Rohbau fertig sind. Man wird genau beobachten, ob die neue, von der CDU gestellte Verkehrssenatorin, es schafft, in diesem Jahr oder doch wenigstens 2024 mit dem Bau dieser Strecke zu beginnen.

Klaus Gröbig



liche, einvernehmliche Einigung und Verständigung mit anderen Ländern, Staaten und Nationen dabei zu vernachlässigen.

3. Welche Bedeutung hat ein Name aus meiner Sicht?

3.1. Beim Menschen

Auf Personen bezogen stellt der Name die Identität eines Menschen dar. Jemand, der namenlos ist, ist gewissermaßen ein Niemand. Als Mensch habe ich zwar durch einen neuen Namen formal eine „neue Identität“ (bekommen). Im Wesenskern bleibe ich aber derselbe.

3.2. Bei einer Partei

Parteien geben sich einen Namen, um sich von anderen Parteien inhaltlich abzugrenzen und sprachlich zu unterscheiden. Es entstehen immer wieder neue Parteien. Wenn eine Partei entsteht, dann hat sie einen Grund. Sie gibt sich eine dem Entstehungsgrund entsprechenden Namen. Der Name mit seiner inhaltlichen Bedeutung soll die Partei im Wesentlichen kennzeichnen.

4. Sollte sich die Partei „Alternative für Deutschland“ einen neuen Namen geben?

Eine Partei ändert sich nicht, nur weil sie sich einen neuen Namen gibt. Sie würde sich nur dann ändern, wenn sie sich ein neues Parteiprogramm gäbe, doch dann wäre sie eine andere, eine neue Partei und es wäre zu einer Partei-Neu-Gründung gekommen. Das aber möchte ich nicht.

Die SED hatte sich z. B. zweimal umbenannt und sich den Namen „Die LINKE“ gegeben. Hat es ihr geholfen? Ich meine, nein, denn sie wird bis heute immer noch mit der SED in Verbindung gebracht.

Deshalb: Gebe ich einer Partei einen anderen Namen, dann wird sie immer mit der alten Partei in Verbindung gebracht. Geben sich aber Menschen einer Interessenvereinigung einen neuen Namen, dann haben sie eine neue Partei gegründet. Das kann aber nicht Absicht, Sinn und Zweck einer Namens-

änderung der Partei „Alternative für Deutschland“ sein.

Sollte man seinen Namen ändern, um sich „dem Zeitgeist anzupassen“? Ändert man sich selbst oder ändert man dadurch etwas, was war und geschah? Extrem gefragt: Soll sich letzten Endes Deutschland umbenennen, weil ein Teil der Geschichte enorm schlimm war und man sehr viel Schuld auf sich geladen hatte?

Die „Alternative für Deutschland“ ist eine Erfolgsgeschichte. Sie muss nicht ihren Parteinamen ändern, weil sie keine negative Vergangenheit hat. Mit ihrem Namen ist sie gekommen, um zu bleiben.

Sie war damals aus berechtigten Gründen gekommen. Einen Hauptgrund formulierte Herr Dr. Gauland am 20. Januar 2019 in Schnellroda: „Das elementare Bedürfnis eines Volkes besteht darin, sich im Dasein zu erhalten. Das ist im Grunde das AfD-Programm in einem Satz. Es geht uns einzig um die Erhaltung unserer Art zu leben.“

Wenn man mit Schmutz beworfen wird, dann kann man ihn abwaschen. Ähnlich sollte es die „Alternative für Deutschland“ tun. Sie sollte sich nicht in eine Rechtfertigungsposition hineindrängen lassen oder über jedes hingehaltene Stöckchen des politischen Gegners springen.

Wenn die Alternative für Deutschland mit Verleumdungen, Beleidigungen, Unterstellungen und sonstigen Gehässigkeiten durch den politischen Gegner herabgewürdigt und politisch beschmutzt wird, damit Vorurteile ihr gegenüber in der Bevölkerung erzeugt werden und schon allein bei der Nennung des Parteinamens reflexartig eine Ablehnung und eine Abwehrhaltung gegenüber der Partei entsteht, dann sollte sie trotzdem nicht ihren Namen ändern, sondern weiter gute Politik wie bisher machen, die die Menschen schließlich von den Inhalten und Zielen der Partei überzeugt.

Jörg Seidel



Leseempfehlung: Zwischen Welten

Das Ende Januar erschienene Buch ist derzeit in den deutschen Feuilletons hoch umstritten und schildert in Form eines zeitgemäßen, digitalen Briefromans den Meinungs-austausch zweier sehr unterschiedlicher Menschen.

Vor zwanzig Jahren studierten sie in Münster Germanistik und lebten gemeinsam in einer WG. Dann brach Theresa das Studium ab und übernahm den elterlichen Milchbauernhof im Brandenburgischen. Stefan wurde Journalist. Als sie sich Anfang 2022 zufällig in Hamburg über den Weg laufen, schlägt sich Theresa (verheiratet, zwei Kinder) mit den Niederungen des Landwirtschaftsalltags und der schikanösen, staatlichen Agrarbürokratie herum, während es Stefan (ledig, Single, keine Kinder) bei dem Hamburger Mainstreammedium DER BOTE zum Chef des Kulturressorts gebracht hat. Beide beschließen ihren wieder gewonnenen Kontakt über E-Mails und Messenger-Nachrichten aufrechtzuerhalten, um sich über ihre wechselseitigen Befindlichkeiten auszutauschen. Doch sehr schnell prallen unterschiedliche, miteinander unvereinbare Lebenswelten

aufeinander.

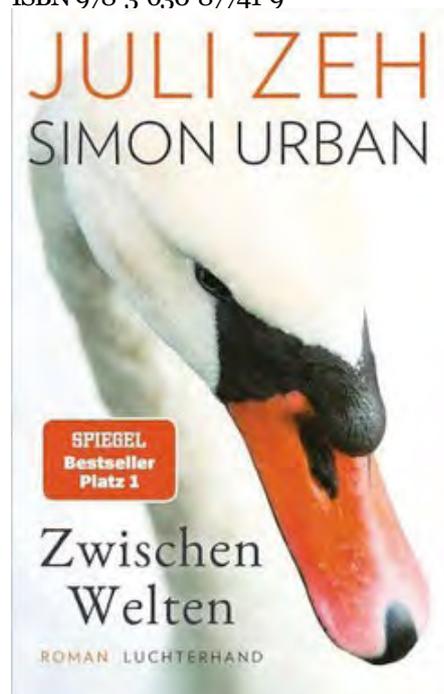
Während die auf dem Lande lebende Theresa ihre Bodenhaftung bewahrt hat und zusehen muß, wirtschaftlich über die Runden zu kommen, kämpft Stefan in seiner zeitgeistgeprägten Kulturbubble eifrig für die Weltrettung. Fast unvermeidbar folgen aus den unterschiedlichen Lebenswelten gegensätzliche Haltungen. Egal ob es um Klimapolitik, Corona, Gendersprache, Cancel Culture, Zuwanderungsproblematik, Rassismuskorrekturen oder den Ukrainekrieg geht, zwischen der bodenständigen Bäuerin aus dem Havelland und dem woken Hamburger Kulturjournalisten liegen Welten, die auch durch persönliche Zuneigung kaum zu überbrücken sind.

Interessant ist, wie Zeh, die ja eigentlich links eingestellt ist und für die SPD im brandenburgischen Verfassungsgerichtshof sitzt, mit viel Empathie die Position der Theresa darstellt. Anscheinend hat sie sich doch noch ein gerütteltes Maß an eigenständigem Denken bewahrt, oder die Lebenswelt in einem brandenburgischen Dorf prägt auch hier das eigene Denken. Der digitale Schlagabtausch der beiden

Protagonisten wirft jedenfalls ein Schlaglicht auf die derzeit fehlende Debattenkultur in Deutschland und macht das Buch zu einem beachtlichen Beitrag gegen den Hypermoralismus in den aktuellen, öffentlichen Diskursen.

Herbert Hermann

Juli Zeh/Simon Urban „Zwischen Welten“, Luchterhand Literaturverlag, 2023, 444 S., 24,- € ISBN 978-3-630-87741-9



Non-Stop-Terror gegen Autos

Radwege als Fetisch grüner Verkehrsverhinderungspolitik wurden selbst dort auf den Autoverkehrsstraßen eingerichtet, wo bereits Radwege vorhanden waren. Auch Steglitz-Zehlendorf mußte das unter der Ägide von Rot-Rot-Grün ertragen. Am Dahlemer Weg von der Straßenecke Unter den Eichen bis zur Curtiusstraße gab es bereits einen besonders gut ausgebauten Radweg. Aber nun gibt es parallel dazu einen weiteren, der von aufmontierten Stahlstäben vom übrigen Fahrdamm abgetrennt ist. Früher gab es dort keinen Stau. Jetzt kommt

es gelegentlich doch dazu. Zwischen Zehlendorf Mitte und Wannsee auf der Potsdamer Chaussee in Fahrtrichtung Zehlendorf gab es früher einen Radweg. Aber nun wurde auf dem Fahrdamm ein weiterer aufgemalt. Damit ein Radfahrer nicht etwa auf den Gedanken kommt, den alten Radweg zu benutzen, wurde der alte Radweg durch umfangreiche Baumaßnahmen „weggeräumt“. Auch auf der Hauptverkehrsstraße „Unter den Eichen“ im Bereich des Botanischen Garten in Fahrtrichtung Zehlendorf Mitte wurde auf dem Fahrdamm ein Radweg aufgemalt, obwohl es dort

bereits einen Radweg gab. In diesem Bereich kommt es nicht nur im Berufsverkehr zum Stau. Dies sind nur drei von unzähligen von Rot-Rot-Grün angerichteten Schäden an der Berliner und der Steglitz-Zehlendorfer Verkehrsinfrastruktur. Da Berlin nunmehr eine schwarz-rote Landesregierung bekommt und die CDU sogar das Verkehrsressort übernommen hat, muß man die Christdemokraten daran messen, ob und in welchem zeitlichen Tempo diese Verkehrsverhinderungsmaßnahmen rückgängig gemacht werden.

Klaus Gröbig



Per Brief an AfD BV Steglitz-Zehlendorf, Postfach 450109, 12171 Berlin, geht auch ohne Lastschriftzug. Wir laden Sie umgehend zum Aufnahmegespräch ein, bitte telefonische Erreichbarkeit und Emailadresse angeben, sofern vorhanden. Wir freuen uns auf Sie! Rückfragen: vorstand@afd-sz.de, Bürozeit: Mi. 12.00 - 17.00 u. Do. 15.00-17.00 Uhr, Tel.: 030-209677551



Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag

Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Befürwortung der Grundrechte (www.afd.de/grundrechtsgrundaussagen). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundesatzung maßgebend.

Vorname	<input type="radio"/> m. <input type="radio"/> w.	Nachname	
Wohnort		geboren am	
Straße Nr.		Plz./Wohnort	
Stadt		Staatsangehörigkeit	
Bundesland		Typus/Bezirk	
Telefon		Handy	
E-Mail		Beruf/Tätigkeit	

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? Ja, im Landesverband Nein

Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppe (einschließlich der Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen).

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbarkeitsliste). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages bewirkt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreischatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag dem eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Nichtwert für den Mindestbeitrag: 1% des monatlichen Nettolohnsummens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR als (einmalige) Aufnahmegebühr zuzüglich _____ € (Mtg.)

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: monatlich einmal jährlich (30.09./30.10.) quartalsweise (ab 01.01.2022)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 9a EStG).

Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partnernetzwerk) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillerstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglied@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufzunehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbandes, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände; die Landesverbände können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln). Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er das den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufzunehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt der Annahmeverklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeverklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind

SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggf. die einmalige Aufnahmegebühr von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezagerten Lastschriften zurückzulegen. Ich habe mich ab dem acht. Werktag, beginnend mit Belastungsdatum, der Erstattung des belasteten Betrages verzögert. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber	Bankinstitut	
Straße Nr.	IBAN	
PLZ, Wohnort	BIC	
Ort, Datum	Unterschrift	

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteiarbeit erhoben, verarbeitet und verwendet - wobei keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzzwecke finden Sie unter www.afd.de/daten-schutz-mitglieder. Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

- please formulate as PDF (also write us other formulare finden Sie unter www.afd.de/aufnahme -



Glosse: „Das erzähl' ich dem Imam“

Ich komme vom Einkaufen zurück und begegne im Hauseingang meinem elfjährigen Nachbarjungen. Er ist Moslem, wurde nach dem Onkel des Propheten benannt und ist ein netter Junge, der in der Schule viel Lob ernetzt. „Hallo Ali!“, sage ich, „Wieso bist du schon zu Hause?“ Es ist Samstag, und dann gehen Ali und seine drei Geschwister immer zur Arabischen Schule neben der Moschee.

Ali gibt an, krank zu sein, aber ich finde, er sieht sehr gesund aus.

Er hilft mir, meine Einkäufe die 28 Stufen hoch zu tragen, und ich gebe ihm dafür das Kleingeld, das ich vom Pfand übrig habe. „Nein, danke, das ist doch nicht nötig“, sagt er höflich, wie es ihm seine Mutter eingeschärft hat. Nach einiger Überredungskunst steckt er die 1,50 Euro ein. Er freut sich, denn er spart für ein Computerspiel, das er von seiner alleinerziehenden Mutter gewiss nicht bekommt.

Ich biete ihm einen Orangensaft an, und während ich die Apfelsinen schneide und presse setzt er sich neben mich auf das Fensterbrett. „Duhu...“ sagt er plötzlich, „unser Imam sagt, daß es später in Deutschland nur noch Muslime geben wird ...“. Ich schaue neben mich. Ali ist ein liebes Kind, folgsam, höflich und gut erzogen. Ich muss acht geben, jetzt keine unflätige Bemerkung über den Imam zu machen. Das würde er sofort seiner Mutter erzählen, und mit der ist nicht zu spaßen. „So“, sage ich, „das sagt also euer Imam. Und hat er auch gesagt, wo all diese Muslime herkommen sollen? Wir haben im Land über 80 Millionen Einwohner. Das ist eine 8 mit 7 Nullen, und auch wenn es viele Araber gibt, gibt es doch noch immer mehr Deutsche.“ Ich schütte den Saft in Alis Lieblingsglas, ein Bierglas mit Hertha-

Logo, und reiche es ihm. „Er hat gesagt er sagte, daß wir, wenn wir groß sind, immer viele Kinder bekommen werden und die Deutschen nicht, und dann sind wir irgendwann mehr ...“.

Ich überlege. Ali ist gerade 11 geworden. Ich kann ihm nicht kommen mit meinen Statistiken, demografischen Prognosen, Bildungsfragen, und was alles noch mitspielt bei der Bevölkerungsentwicklung. Ich versuche es kindgerecht.

„Hat er auch gesagt, was dann passiert in Deutschland?“ Ali nickt. „Es wird keine Schweine mehr geben“. Er überlegt. „Und überall werden schöne Moscheen gebaut werden, wie in Mekka ... und es wird keine Länder mehr geben, denn wir sind ja dann alle Muslime“.

Dieser Imam war wohl bei Klaus Schwab in der Lehre. Ein Globalist, einer der die Nationalstaaten abschaffen will.

„Und dann sind wir mit der ganzen Welt befreundet, und es wird überall Frieden geben“.

Das Orangenglas ist erst halb leer.

„Ali Habibi*“, sage ich zuckersüß, „das mit dem Frieden glaube ich nicht ganz. Du weißt doch, dass sehr viele Flüchtlinge und Einwanderer heutzutage nach Deutschland kommen?“ Er nickt. „Woher kommen diese Leute?“ Ali denkt angestrengt nach, aber seine geografischen Kenntnisse sind noch gering. Ich schicke ihn los, den Laptop zu holen, denn ich hantiere gerade mit ein paar Hackbällchen herum, die ich mit Zwiebeln, Pilzen und viel Tomatensoße zubereiten möchte, und meine Hände sind fettig.

Ali öffnet den PC und ich bitte ihn,

auf „Heidelberger Institut für Konfliktforschung“ zu gehen, und dort das „Konfliktbarometer“ anzuklicken. Es dauert eine Weile, und dann hat Ali das gesuchte Bild vor sich. Ein roter Gürtel erstreckt sich quer durch Sub-Sahara, via Jemen über den vorderen Orient bis nach Pakistan und Indonesien.

„Ali, jetzt schaue genau hin. In all diesen Ländern wohnen viele Muslime, oder ausschließlich Muslime. Und das sind genau die Länder in denen seit Jahren Krieg herrscht. Das zeige bitte mal eurem Imam, wenn er euch wieder was vom Frieden unter den Muslimen erzählt“.

Wir reden noch eine Weile über Kriege und ihre Folgen, über die Scharia und die Kopftuch-Aufstände im Iran und über die Mädchen in Afghanistan, die nicht mehr zur Schule gehen dürfen. Ich impfe Klein-Alis Hirn mit allem, was der Imam nicht hören will, und hoffe, er wird es nächsten Samstag in der Koranschule zum besten geben.

Es klingelt. Alis großer Bruder Karim, ein Oberprimaner von 18 Jahren, ist gekommen. „Mama sagt, Ali soll sofort nach Hause kommen, sein Zimmer aufräumen und Hausaufgaben machen“. Widerwillig rutscht Ali vom Fensterbrett herunter. Karim steuert zielstrebig auf den Herd zu, wo meine Buletten inzwischen fertig sind. „Mmmm, das riecht super. Darf ich mal probieren?“. „Von mir aus gerne“, sage ich, „aber leider darfst du die nicht essen. Da ist Schweinefleisch drin.“ Karim schnappt sich eine Bulette, und isst sie genußvoll. „Kriege ich noch eine?“ sagt er, während er die nächste nimmt. Ali schaut zu und sagt: „Das erzähle ich Mama. Und dem Imam“.

Karim sagt mit vollem Mund: „Der Imam ist ein Idiot“, und boxt Ali in den Rücken.

H.

